

Der Kriminalisierung der antikapitalistischen Bewegung entgegentreten

Für Bundesaußenminister Fischer war Göteborg „Vandalismus und sinnlose Gewalt“. Für Kanzler Schröder waren „Desperados“ am Werk, „denen man nur mit Härte begegnen kann“. Den DemonstrantInnen wurde jedes politische Anliegen abgesprochen. Der Spiegel verkürzte die Darstellung der Ereignisse auf „Innenstadt-Randale“, das Handelsblatt titelte „Krawall-Gipfel“.

Das Bild, das von Göteborg aus um die Welt geht, ist ein Bild von „sinnloser Gewalt“. Dieses Bild entspricht aber nicht der Wirklichkeit. Dieses Bild wurde von den Regierungsvertretern und den bürgerlichen Medien bewusst gezeichnet, um von dem wachsenden Unmut gegen die Banken- und Konzernmacht abzulenken und die im Aufschwung begriffene antikapitalistische Bewegung entscheidend zu schwächen.

Demoverbote, Reisebeschränkungen, Massenverhaftungen – und scharfe Munition

Im Schulunterricht wird uns weis gemacht: „Alle Gewalt geht vom Volke aus.“ In Göteborg ging nicht alle Gewalt vom Volke aus, sondern auf das Volk los. Von Anfang an. Bevor die erste Demonstration stattfand, wurden am Donnerstag, dem 14. Juni Hunderte von EU-Gegnern, die im Gymnasium Hvitfeldska untergebracht waren, von 100 Eisencontainern eingezäunt und von Sondereinheiten der Polizei angegriffen.

Einen Tag später wurde ein friedlicher Demonstrationzug gegen das Gipfeltreffen bereits nach wenigen hundert Metern vom Staatsapparat aufgehalten. Sofort wurden gegen die TeilnehmerInnen Hundestaffeln und berittene Einheiten eingesetzt. Am gleichen Abend gebrauchte die schwedische Polizei – zum ersten Mal seit 1931 – während eines

Straßenfestes Schusswaffen gegen DemonstrantInnen: Drei Demonstranten wurden verletzt, einer von ihnen lebensgefährlich.

Am darauffolgenden Samstag wurden Hunderte von EU-Gegnern daran gehindert, an der Großdemonstration teilzunehmen. 120 Personen, die von Hamburg und Rostock aus in zwei (von Widerstand International und SAV organisierten) Bussen ange-reist waren, behandelte zunächst die schwedische, später die dänische Polizei nicht wie DemonstrantInnen, sondern wie Schwerverbrecher; zwanzig Stunden wurden sie festgehalten.

In der Nacht gipfelten die Provokationen von staatlicher Seite in eine nächtliche Durchsuchung eines Demolagers, bei dem sich Dutzende von EU-Gegnern – von Maschinenpistolen bedroht – eine Stunde lang bei strömendem Regen halbnackt auf den durchweichten Boden legen mussten.

Die Bilanz: offiziell 565 Festnahmen, 86 Verletzte und 63 Anklageerhebungen gegen Verhaftete.

Die Gewalt während des Besuches von US-Präsident Bush und am Rande des Gipfels der Europäischen Union ging eindeutig vom schwedischen Staatsapparat aus. Kein Wort davon in der offiziellen Medienberichterstattung. Nach dem Motto „Wessen Brot ich ess’, dessen Lied ich sing“ stießen alle Reporter in das gleiche Horn wie die Politikerriege. Einmal mehr waren sie darum bemüht, dass die „herrschende Meinung die Meinung der Herrschenden“ (Marx) bleibt.

Die Polizeigewalt war kein „Betriebsunfall“

Polizeischikanen und Polizeigewalt galten nicht einzelnen EU-Gegnern in Göteborg, sondern zielten auf eine bewusste Kriminalisierung der gesamten internationalen antikapitalistischen Bewegung ab.

SAV

Sozialistische Alternative

Seit Seattle ging kein Gipfeltreffen der Herrschenden mehr ungestört über die Bühne. Seattle, Nizza oder Quebec stehen heute für Massenproteste, die sich nicht nur gegen einzelne Folgen der Marktwirtschaft richten, sondern zunehmend die Marktlogik selbst in Frage stellen. Diese neue Bewegung stellt eine ernstzunehmende Bedrohung für die Kapitalisten und ihre politischen Repräsentanten dar.

Trotz der Welle von Einschüchterungsversuchen erlebte auch Schweden vor dem Hintergrund des EU-Gipfels die größten Demonstrationen seit mehreren Jahren. Bei den Protesten gegen Bush beteiligten sich am 14. Juni 15.000. Bei den Demos gegen die EU gingen am 15. Juni 20.000 und am 16. Juni 25.000 auf die Straße.

Auch wenn der schwedischen Polizei im Verlauf der Ereignisse die Kontrolle entglitt, waren die Polizeischikanen bewusste Handlungen, um die antikapitalistische Bewegung am Aufbau zu hindern. Dieses Vorgehen hat die Funktion, einen Keil in die Bewegung zu treiben. Außerdem soll durch eine konsequente Kriminalisierung der Brückenschlag zur großen Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung verhindert werden.

Darüber hinaus haben die Herrschenden eine weitere Einschränkung des Demonstrationsrechts, Reisebeschränkungen und staatliche Aufrüstungsmaßnahmen (zum Beispiel den Ausbau der EU-Polizei Europol) vor Augen.

Den EU-Politikern dienten die Ereignisse als willkommene Ablenkung von den wachsenden Spannungen zwischen den USA und der EU und innerhalb der EU angesichts der beginnenden internationalen Rezession. Die zunehmenden Konflikte ein halbes Jahr vor der Einführung des Euro als Zahlungsmittel und das Ergebnis des irischen Referendums bezeichnete der Spiegel 25/2001 als mögliches „Vorbeben zum Big Bang“: Die Rede ist vom drohenden „GAU bei den Beitrittsverhandlungen“ mit den osteuropäischen Ländern und der „tiefsten Krise seit der Gründung“.

EU-Demokratie – eine Farce

Während die etablierten Politiker und Parteien in Deutschland kurz vor dem vierzigsten Jahrestag des Berliner Mauerbaus alles tun, um dieses Ereignis (wofür sich nicht SozialistInnen, sondern Stalinisten verantwortlich zeichnen) in den Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit zu stellen, werden in der EU neue Mauern errichtet. Die gleiche EU, die den grenzüberschreitenden freien Warenverkehr predigt, schränkt den Personenverkehr ein:

Bundesinnenminister Schily hat friedliche DemonstrantInnen mit gewaltbereiten Fußball-Hooligans in einen Topf geworfen und empfiehlt Ausreiseverbote im Vorfeld politischer Aktionen. Österreich plant in den Tagen vom Salzburger Weltwirtschaftsforum verschärfte Grenzkontrollen und Demonstrationsverbote. Die EU-Innenminister treffen Vorbereitungen, beim G7/G8-Gipfel in Genua Ausreisebeschränkungen zu verhängen und das Demonstrationsrecht weiter einzuschränken. Bereits im vergangenen Dezember hatte die französische Staatsmacht anlässlich des EU-Gipfels in Nizza ganze Züge mit mehr als tausend Reisenden aufgehalten. Zur Begründung genügte ein Paragraph des Schengener Abkommens.

Davon abgesehen hat die EU mit der Festung Europa längst Mauern an den Außengrenzen hochgezogen, und schottet damit Zehntausende von Flüchtlingen ab, die Hunger, Krieg und Diktaturen ausgesetzt sind. Dass es mit der vielgepriesenen EU-Demokratie nicht weit her ist, beweist auch die Reaktion auf das irische Referendum. Die 54 Prozent, die gegen die Verträge von Nizza stimmten, wurden von den EU-Regierungschefs einfach ignoriert; Schröder tat diesen Entscheid als „irisches Problem“ ab. Die EU will ihren Kurs fortsetzen, als hätte das Referendum in Irland nie stattgefunden. Ganz zu schweigen von den Mehrheiten gegen die EU-Politik, die alle Meinungsumfragen in Deutschland, Frankreich, Britannien und Österreich zeigen. Auch in Schweden lehnten in den Tagen des Göteborger Gipfels trotz der monatelangen Werbekampagne 43 Prozent die EU-Mitgliedschaft ab (bei 31 Prozent Befürwortern).

Die Lehren von Göteborg

Die internationale antikapitalistische Bewegung steht am Scheideweg. Nach Göteborg ist eine umfassende demokratische Diskussion aller beteiligten Kräfte der Bewegung notwendig, um Antworten auf die Fragen zu geben, wie der Kriminalisierung von AktivistInnen begegnet werden kann, wie auf die fortschreitende staatliche Aufrüstung zu reagieren ist und vor allem was die Aufgaben sind, um die Bewegung zahlenmäßig und politisch weiter zu stärken.

Die Beantwortung dieser Fragen ist im Zeichen von Genua um so dringlicher. Mitte Juli soll der Hafen gesperrt, Flughäfen und Autobahnausfahrten geschlossen sowie Hubschrauber, Trägerschiffe und Spezialeinheiten mit Unterwasserkämpfern eingesetzt werden. Gemietet wurde ein Kühlraum von 500 Quadratmetern Größe als mögliche Leichenhalle. 200 Spezialsäcke wurden bestellt, die

seit dem Vietnamkrieg „Body Bag“ (Körpertasche) genannt werden („Praktisch denken, Särge schenken“, FAZ vom 21. Juni). 200 Millionen Mark kostet das Vorhaben – den Steuerzahlern, und damit zum Großteil der arbeitenden Bevölkerung. Zum ersten Mal soll sogar Militär damit beauftragt werden, Demonstrationen zu blockieren.

„Ich verurteile mit aller Klarheit und Eindeutigkeit diese Gewaltakte“ erklärte Susan George von ATTAC in ihrer Stellungnahme „Ich war in Göteborg“. Mit den „Gewaltakten“ meinte Susan George jedoch nicht die Polizeigewalt, sondern die Aktionen von einem Teil der DemonstrantInnen. „Ich befürchte, dass wenn wir diese tyrannischen Typen gewähren lassen, sie diese Bewegung, die die größte Hoffnung seit dreißig Jahren ist, zerstören werden.“

ATTAC spielt in Frankreich und international mittlerweile eine bedeutende Rolle bei den antikapitalistischen Protesten. Allerdings liegt ATTAC – eine Kraft, die keineswegs homogen ist – in Schweden falsch, wenn sie auf „Absprachen und Konsens“, wie es Susan George nennt, setzen und sich mit dem schwedischen Premierminister Persson vor dem EU-Gipfel treffen. Denn die Strategie der Kapitalistenklassen ist es, einen Teil der Bewegung scheinbar einzubinden, ohne von ihren Positionen abzurücken, und gleichzeitig andere Teile in die Ecke von Kriminellen zu stellen. Statt Hoffnungen in sozialdemokratische Regierungsvertreter zu verbreiten, und eine Schicht von DemonstrantInnen für die Gewalt (mit-)verantwortlich zu machen, ist es nötig herauszustellen, dass die EU-Gegner von Beginn an mit (polizei-)staatlichen Repressalien konfrontiert waren.

Allerdings ist die SAV und das Komitee für eine Arbeiterinternationale (CWI) bei allem Verständnis für die Wut des Einzelnen auch der Meinung, dass Einzelaktionen gegen die Polizei oder Pflastersteine gegen Gebäude oder Autos nicht helfen, sondern sogar kontraproduktiv sind. Das Ziel von SAV und CWI ist es nicht, privates Eigentum zu zerstören, sondern privates Eigentum in öffentliches Eigentum zu überführen. Das wird aber nur möglich sein, wenn die Arbeiterklasse dafür gewonnen wird. Man wird bei ArbeiterInnen und Arbeitslosen für diese Ideen kein Gehör finden, wenn man sie abschreckt. Vielmehr müssen die Proteste gegen die Institutionen des Kapitals konkrete Forderungen gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau aufgreifen.

Ein entscheidender Faktor für den Verlauf in Göteborg war die mangelnde Unterstützung und Mobilisierung seitens der Gewerkschaftsführung. Hätte der EGB und die europäischen Gewerk-

schaften aktiv teilgenommen, hätten Hunderttausende an den Protesten gegen den EU-Gipfel beteiligt sein können. Wären die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes für Arbeitsniederlegungen gewonnen worden, wäre es nicht möglich gewesen, überhaupt einen Gipfel durchzuführen. Es ist bezeichnend, dass gerade jene Proteste besonders erfolgreich waren, bei denen die Gewerkschaften in relevanter Zahl vertreten waren (zum Beispiel in Seattle oder in Melbourne).

Es ist nicht demokratisch, wenn einzelne DemonstrantInnen der Mehrheit eine gewaltsame Auseinandersetzung mit dem Staatsapparat aufzwingen. Darum schlägt die SAV vor, im Vorfeld geplanter Protestaktionen VertreterInnen aller beteiligten Gruppen und Organisationen zusammen zu bringen. Auf gemeinsamen Versammlungen oder Konferenzen könnte kollektiv über die Taktiken bei den Protesten diskutiert und entschieden werden. Sinnvoll wäre es eine kollektive Demoleitung zu wählen und Ordnerdienste zu organisieren oder darüber eine Übereinkunft zu treffen, dass die verschiedenen Demoblöcke eigene Ordnerdienste aufstellen.

Während der Proteste gegen den Göteborger EU-Gipfel war die schwedische Schwesterpartei der SAV Rättvisepartiet Socialisterna (RS) in besonderem Maße von den Herrschenden unter Beschuss. In einer Fernsehdebatte diffamierte einer der Einsatzleiter die Mitglieder von RS als angebliche „Unterstützer der „Krawalle“. In die gleiche Kerbe schlugen die bürgerlichen Medien in Belgien: Militant Links (CWI in Belgien), die zu den treibenden Kräften der Kampagne gegen den EU-Gipfel Mitte Dezember in Brüssel gehören, war in der Woche nach Göteborg Zielscheibe einer nationalen Medienhetze. Das ist kein Zufall. Der bürgerliche Staat diskriminiert SozialistInnen deshalb, weil er sich mit der Sorge trägt, dass ihre politischen Ideen unter ArbeiterInnen und Jugendlichen vermehrt an Einfluss gewinnen.

Unserer Meinung nach sind diese Ängste mehr als berechtigt: Sozialistische Ideen werden die Bewegung entscheidend stärken, weil es nicht reicht zu wissen, wogegen man ist, sondern eine Alternative benötigt wird. Der Sozialismus stellt eine grundlegende Alternative zum Wahnsinn der Marktwirtschaft dar und weist einen Ausweg aus der kapitalistischen Sackgasse auf.

Demonstrationsrecht verteidigen

- Sofortige Freilassung aller noch in Haft befindlichen DemonstrantInnen. Einstellung aller Verfahren und Haftentschädigung
- Wahl einer öffentlich tagenden Untersuchungskommission in Schweden, um das Verhalten der Polizei zu untersuchen
- Öffentliche Aktionen, um die Provokationen und Schikanen des Staatsapparates bekannt zu machen. Anträge auf Protestresolutionen in Schulen und Universitäten, in Betrieben und Gewerkschaften
- Kampf für den Ausbau statt dem Abbau von demokratischen Rechten
- Versammlungen aller beteiligten Gruppen und Organisationen zur gemeinsamen Vorbereitung der Proteste in Salzburg, Genua oder Brüssel. Demokratische Diskussion und Entscheidungsfindung über Protestformen und Methoden zum Aufbau der internationalen antikapitalistischen Bewegung
- Mobilisierung in den Stadtteilen, an den Schulen, in den Unis und in den Betrieben und Gewerkschaften für Genua und die nächsten anstehenden antikapitalistischen Demonstrationen. Protestaktionen am Tag vom G7/G8-Gipfel vor Ort
- Druck auf die Gewerkschaftsspitze, damit die Gewerkschaften zu den Protesten gegen die Institutionen des Kapitals mobilisieren
- Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften, die international zusammenarbeiten. Für die länderübergreifende Zusammenarbeit von BasisaktivistInnen in Betrieb und Gewerkschaft
- Gegen die internationalen Organisationen des Kapitals, gegen den globalen Kapitalismus - Für den Aufbau neuer Arbeiterparteien. Für den Aufbau einer Internationale der ArbeiterInnen und der Jugend
- Für eine Welt ohne Ausbeutung, Hunger und Kriege, für eine sozialistische Demokratie weltweit

Was will die SAV?

Die Sozialistische Alternative organisiert **Gegenwehr** gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau, Umweltzerstörung, Rassismus und Neonazis. Wir setzen uns für kämpferische Gewerkschaften ein. Wir stehen für **Solidarität**, denn wir müssen uns gemeinsam wehren: Arbeitende, Arbeitslose, AusländerInnen und Deutsche, Frauen und Männer.

Die Marktwirtschaft regiert auf der ganzen Welt. Der Kampf dagegen kann nur erfolgreich sein, wenn wir ihn weltweit führen. Deshalb hat sich die SAV mit sozialistischen Organisationen und Parteien aus über 30 Ländern zusammengeschlossen. Unternehmer und Regierung wollen zurück zu Verhältnissen, wie vor hundert Jahren, denn der Kapitalismus hat abgewirtschaftet.

Unsere Alternative heißt **Sozialismus**, eine Gesellschaft ohne Armut, Ausbeutung und Unterdrückung. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie, wie früher in Osteuropa, noch die Diktatur der Konzerne und Banken. Damit nicht länger die Profitinteressen einer kleinen Minderheit bestimmen, müssen die großen Konzerne, Banken und Versicherungen in Gemeineigentum überführt werden. Wir wollen eine demokratisch geplante Wirtschaft in der die Arbeitskraft aller Menschen, die Wissenschaft und Technik eingesetzt werden, um allen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren.

Mach mit bei der SAV

Ich möchte ...

- ... weitere Informationen über die SAV
- ... Mitglied der SAV werden

Name, Telefon

Adresse

Infos:
030 - 24723802

Abgeben am Info-Stand der SAV, bei Deinem VORAN-Verkäufer oder senden an:
Sozialistische Alternative, Littenstraße 106,
10179 Berlin, Telefon: (030) 24723802, Fax:
(030) 24723804
e-mail: info@sav-online.de